

Medienpolitik ist Jugendpolitik

Junge Menschen sind heute selbstverständlich Produzent*innen, Sender*innen und Empfänger*innen von medialen Inhalten auf vielen Kanälen und Plattformen. Die Medien prägen das Aufwachsen junger Menschen und sind wesentlicher und ständiger Begleiter. Eine zentrale Aufgabe der Jugendverbände und Jugendringe im Deutschen Bundesjugendring ist es, auch die medienpolitischen Interessen junger Menschen anwaltschaftlich zu vertreten und gute Rahmenbedingungen für das Aufwachsen junger Menschen zu beschreiben, zu fordern und umzusetzen.

Weil die Sozialisation junger Menschen heute wesentlich von medialen und virtuellen Räumen geprägt wird, ist auch die Ausgestaltung dieser Räume und die Rahmenbedingungen der medialen Angebotsformen ein wesentlicher Teil der Interessenvertretung für junge Menschen. Somit ist Medienpolitik auch Jugendpolitik und Jugendpolitik muss, neben vielen anderen Politikfeldern auch Medienpolitik sein.

Medienrecht, Jugendmedienschutz, Digitalpolitik, Medienkonzentrationsrecht, Urheberrecht, Datenschutz usw. prägen unter anderem die Rahmenbedingungen für das Aufwachsen junger Menschen und müssen daher politische Handlungsfelder für die Jugendverbandsarbeit sein. Das bedeutet beispielsweise, dass sich die Jugendverbände und Jugendringe dafür einsetzen, dass Gesetzgebungsverfahren in medienpolitischen Arbeitsfeldern transparent und partizipativ gestaltet werden und ein Jugendcheck fester, regelmäßiger und bedeutsamer Teil der Gesetzgebungsverfahren ist. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gleichberechtigte und nichtkommerzielle Zugänge zu Medien und Informationen erhalten. Medien und die Infrastruktur zu deren Verbreitung sind daher so zu regulieren, dass sie ihre Aufgabe für Demokratie erfüllen können. Medien und Distributionswege dürfen nicht allein der Marktmacht unterliegen.

Die Liste der Beispiele von medienpolitischen Feldern, die Rahmenbedingungen für das Aufwachsen von jungen Menschen entscheidend gestalten, ist lang. Eine Jugendpolitik, die diese wesentlichen Lebensbereiche nicht in den Blick nimmt und nicht gestaltend in diese Bereiche hineinwirkt, blendet wesentliche Bereiche der Lebenswelt von Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen aus. Das Bild, das Medien von Jugend vermitteln, das oft von Problemsituationen und Grenzüberschreitungen geprägt ist, muss diskutiert werden. Ziel muss es sein, dass die vielfältigen Lebensentwürfe von jungen Menschen in den Medien in ihrer Breite dargestellt und vermittelt werden.

Der DBJR und seine Mitgliedsorganisationen verpflichten sich, Medienpolitik überall dort, wo sie junge Menschen und ihre Interessen betrifft, als Teil ihres jugendpolitischen Auftrags der anwaltschaftlichen Vertretung junger Menschen zu gestalten und medienpädagogische Arbeitsansätze zu entwickeln und zu stärken. Ziel ist es, medienpolitische Debatten als regelmäßigen und bedeutsamen Bestandteil der jugendpolitischen Debatten und Beschlüsse im DBJR und seinen Mitgliedsorganisationen zu etablieren.

Die Konferenz der Rundfunk- und Medienräte ist ein wichtiger Ort für die Diskussion und Erarbeitung medienpolitischer Positionen im DBJR. Hier sind Vertreter*innen der Jugendverbände in Rundfunk- und Medienräten vernetzt und in regelmäßigen Diskussionen zu aktuellen medienpolitischen Entwicklungen. Die fachlichen und medienpolitischen Einschätzungen, die hier getroffen werden, sind eine gute Grundlage für den medienpolitischen Austausch in der Jugendverbandsarbeit.

Einstimmig bei vier Enthaltungen beschlossen von der Vollversammlung vom 25. bis 27. Oktober 2019 in Berlin.